

Antrag
(Alternativantrag)

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/6782 -

**"Stärkung der dualen Ausbildung durch eine moderne
Berufsorientierung in Thüringen - Unterstützung für
die Fachkräfte von morgen"**

**Ausbildung in Thüringen attraktiver machen - Berufs-
bildung und berufliche Orientierung modern gestalten**

- I. Der Landtag stellt fest, dass
1. eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung ein Schlüssel für die Sicherung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs in Thüringen ist;
 2. in Thüringen der beruflichen und arbeitsweltlichen Orientierung für einen erfolgreichen Berufseinstieg junger Menschen daher ein hoher Stellenwert beigemessen wird;
 3. ein wohnortnahes, vielfältiges und modernes Berufsschulnetz mit modernen Unterbringungsplätzen im Rahmen eines leistungsfähigen und bedarfsgenauen Ausbildungssystems ein wichtiger Baustein für ein gerechtes Bildungssystem ist;
 4. die sogenannten Passungsprobleme bei der Besetzung von Ausbildungsstellen in Thüringen mit 16,6 Prozent der unbesetzten Lehrstellen gegenüber 9,1 Prozent Bewerberinnen und Bewerbern, die keinen Ausbildungsplatz erhielten (Stand 2020), eine große Herausforderung für die Berufsbildung darstellen;
 5. durch die "Landesstrategie zur beruflichen und arbeitsweltlichen Orientierung in Thüringen" der Prozesscharakter der beruflichen Orientierung für den Start in die Arbeitswelt und das weitere Berufsleben deutlich hervorgehoben wird;
 6. Modellprojekte zur Berufsorientierung wie "BERUFSSTART Regie Nord" oder "Praxistage" im Schulamtsbereich Nordthüringen positive Beispiele für ganz Thüringen sind;
 7. das immer noch weit verbreitete geschlechtsspezifische Berufswahlverhalten junger Menschen überwunden werden muss, um die Berufswahlperspektive junger Menschen zu erweitern;
 8. das Azubi-Ticket ein erster richtiger Schritt zur Unterstützung der Mobilität von Auszubildenden gewesen ist;

9. die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in der beruflichen Bildung maßgeblich für deren Teilhabe am Arbeitsleben ist;
10. die zunehmende Globalisierung, der Kampf gegen den Klimawandel, der fortschreitende demographische Wandel und die Digitalisierung auch Auswirkungen auf Arbeitswelt und -markt in Thüringen haben;
11. Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss, im Jahr 2022 waren es in Thüringen 9,5 Prozent des Jahrgangs, ein erhöhtes Risiko haben, keine Berufsausbildung zu erwerben und damit dauerhaft ausbildungslos zu bleiben - einhergehend mit einem überdurchschnittlichen Risiko für Arbeitslosigkeit; um dem zu begegnen, setzt sich der Landtag dafür ein, dass das zehnte Schulbesuchsjahr der Vollzeitschulpflicht auch an berufsbildenden Schulen erfüllt werden kann und zudem jungen Menschen auch nach Erfüllen ihrer Vollzeitschulpflicht Angebote zur Unterstützung ihres individuellen Berufsorientierungsprozesses erhalten und dabei das attraktive und auswahlfähige betriebliche Ausbildungsstellenangebot stärker in den Fokus gestellt wird;
12. die Anzahl der jungen Menschen unter 25 Jahren, die ohne Berufsabschluss in Thüringer Unternehmen versicherungspflichtig beschäftigt sind, stetig steigt und dass im Interesse ihrer langfristigen Teilhabemöglichkeiten abseits prekärer Beschäftigung und zur Arbeits- und Fachkräftesicherung lebenslagenorientierte Angebote zur beruflichen Nachqualifizierung und der Ausbau dieser Angebote notwendig sind;
13. sich die Chancen für Menschen mit Migrationsgeschichte, in die berufliche Ausbildung einzumünden, mit der Einrichtung von Vorklassen zum Berufsvorbereitungsjahr, dem Berufsvorbereitungsjahr Sprache (BVJ-S) und dem Landesprogramm Start Bildung verbessert haben;
14. eine Willkommenskultur unterstützt werden muss, in der attraktive Lebensbedingungen, gute Bildungs- und Arbeitsbedingungen, die unkomplizierte Möglichkeit gemeinsam mit der Familie in Thüringen zu leben und die Möglichkeit zum Spracherwerb für ausländische Arbeits- und Fachkräfte zentrale Grundlagen für eine gelingende Arbeitsmarktintegration sind.

II. Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. zu prüfen, ob ein Ausbildungsunterstützungsfonds wie in Bremen auch für Thüringen eine Möglichkeit ist, mehr Betriebe zu motivieren, selbst auszubilden;
2. zu prüfen, wie die Unterstützungsangebote für den Ausbildungserfolg gestärkt werden können, insbesondere durch
 - a) Schaffung und Modernisierung attraktiver Internatsplätze für junge Menschen in Thüringen, deren Ausbildungs- bzw. Berufsschulstandorte außerhalb eines vertretbaren Tagespendelbereiches liegen;
 - b) Ausbildungsgeld für junge Menschen in außerbetrieblicher Berufsbildung stärker an die Entwicklung tariflicher Ausbildungsvergütungen zu orientieren, um damit Ausbildungsabbrüche und den Wechsel in prekäre Beschäftigung zu verhindern;
 - c) bedarfsgerechte Inanspruchnahme der Ausbildungsbegleitenden Hilfen sowie der assistierten Ausbildung;
3. in die geplanten Evaluationen zu Wirkungen und der bisherigen Umsetzung der "Landesstrategie zur beruflichen und arbeitsweltlichen Orientierung" sowie der zugehörigen "Fachlichen Empfehlung zur beruflichen und arbeitsweltlichen Orientierung an allge-

- mein bildenden Schulen in Thüringen" die Ergebnisse der Arbeit der sog. Berufseinstiegsbegleiterinnen und Berufseinstiegsbegleiter gemäß § 49 SGB III mit einzubeziehen und zu bewerten; die Evaluationen sollen den zuständigen Ausschüssen zugestellt werden;
4. spezialisierte und förderbedarfsbezogene Angebote zum praxisorientierten Lernen und der Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf auf Grundlage der Evaluation der Maßnahme "Berufliche und arbeitsweltliche Orientierung für Schülerinnen und Schüler mit Schwerbehinderung in Thüringen" zu verstetigen und bedarfsgerecht auszubauen;
 5. Jugendberufsagenturen als zentrale Anlauf- und Beratungsstellen für alle Ausbildungsinteressierte zu stärken;
 6. die Mobilität für junge Menschen in Ausbildung durch ein vergünstigtes Ticket weiter zu stärken;
 7. sich gemeinsam mit der Thüringer Wirtschaft und Gewerkschaften für eine Erhöhung der Tarifbindung, eine faire Entlohnung sowie attraktive und zeitgemäße Arbeitszeitmodelle und somit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf einzusetzen;
 8. ein neutrales und niederschwelliges Beschwerdemanagement für Auszubildende einzuführen;
 9. durch die Ermöglichung und Unterstützung von Modellvorhaben von Berufsschulen ein wohnortnahes, vielfältiges und modernes Berufsschulnetz auch in Zukunft zu erhalten;
 10. Digitalisierung sowie Lehren und Lernen in heterogenen und inklusiven Lernsettings als Themenbereiche in der Aus- und Fortbildung von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer auszubauen;
 11. die Attraktivität der schulischen Berufsausbildung durch die Entwicklung einer Landesoffensive in den SAHGE-Berufen zu erhöhen und so u.a. die Abschaffung von Schulgeld und Prüfungsgebühren sowie die schnellere Bewilligung von BAföG-Anträgen zu ermöglichen;
 12. die Handlungsansätze der Thüringer Fachkräftestrategie 2021-2025 konsequent umzusetzen, insbesondere um Unternehmen und Auszubildende hinsichtlich der Weiterführung und des erfolgreichen Abschlusses von Ausbildungsverhältnissen zu unterstützen;
 13. im Rahmen berufsvorbereitender Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen gleichzeitig den gebührenfreien Hauptschulabschluss zu ermöglichen;
 14. aufgrund der sprachlastigen theoretischen Ausbildung einen Nachteilsausgleich bei Prüfungen ähnlich § 59 Abs. 5 ThürSchulO bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte in die Berufsschulordnung aufzunehmen;
 15. die Kapazitäten für die notwendige berufsbezogene Sprachförderung, für Weiterbildungsangebote und Nachqualifizierungslehrgänge für Geflüchtete und zugewanderte Menschen auszuweiten.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des steigenden Arbeits- und Fachkräftebedarfs kommt einem erfolgreichen Berufseinstieg der Schulabgängerinnen und -abgänger erhöhte Bedeutung zu. Die Arbeits- und Fachkräftesicherung wird in den kommenden Jahren zu einer der herausforderndsten Schlüsselaufgaben für den Freistaat Thüringen werden. Neben guter Schulbildung ist es vor allem eine gute Berufsorientierungsarbeit, die Jugendlichen hilft, ihre Ressourcen und In-

teressen zu erkennen sowie ihre Stärken zu entwickeln, und die ihnen die dafür nötige Förderung zur Verfügung stellt.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blechschmidt

Lehmann

Henfling